

Überparteiliche Fraueninitiative
Berlin – Stadt der Frauen
Marienburger Str. 6
10405 Berlin



Berlin, den 30.12.2007

China-Reise einer zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation aus Berlin
und anderen Bundesländern in der Zeit vom 26.10.-04.11.07

Veranstalterin: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen

in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin,
unterstützt durch die Senatskanzlei Berlin,
und die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für
bilateralen Wirtschafts-Kulturaustausch e.V.

Eindrücke und Vorschläge

der Delegations-Teilnehmerinnen für den Senat von Berlin,
sowie für andere politisch interessierte Organisationen

I. Delegation, Zielsetzung und Programm

Zur Delegation

Auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin und in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin nahmen 20 Teilnehmerinnen an einer politisch und zivilgesellschaftlich orientierten China-Reise in der Zeit vom 26. Oktober bis 10. November 2007 teil. Die Teilnehmerinnen kamen aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und anderen politischen Organisationen. Das berufliche Feld der Teilnehmerinnen war ebenso breit gestreut wie die Generationenzugehörigkeit. Die Teilnehmerinnen reisten auf eigene Kosten.

Reiseziel und – programm

Ziel der Reise war es, Kenntnisse zu entwickeln bzw. zu vertiefen über die gegenwärtige frauen-, gender- und familienpolitische Situation, die damit zusammenhängenden politischen Entwicklungen in der Arbeitsmarkt-, Rechts-, Bildungs-, und Sozialpolitik in der Volksrepublik China und der Hauptstadt Peking. Das Besuchsprogramm enthielt umfangreiche Fachgespräche und -besichtigungen mit Vertreter/innen von fachlich und politisch relevanten Einrichtungen und Organisationen in Partei, Gewerkschaft, Frauen- und anderen Organisationen der Stadt, (siehe Programm, Anlage 1).

Das Programm wurde aufgebaut anhand der vorab angemeldeten politischen Interessen der Teilnehmerinnen. Dank der erheblichen Unterstützung und kenntnisreichen Vermittlung durch das Senatskanzlei-Referat „Ostasien/Städtepartnerschaften mit Peking und Tokio“, Herrn Jörg Tramm, sowie durch die effektive organisatorische Unterstützung durch die

Deutsch-Chinesische Gesellschaft für bilateralen Wirtschafts- und Kulturaustausch e.V. gelang es, einen großen Teil der angemeldeten Gesprächs- und Informationswünsche in einem dichten und informativen Programm zu verwirklichen.

Bei den Delegations-Teilnehmerinnen hat die Reise dank dieser intensiven Einführung und Vorbereitung einen tiefen Eindruck hinterlassen, es entwickelten sich diverse Ideen und Kontaktvereinbarungen für politische und berufliche Kooperationen auf beruflicher und politischer Ebene, die im Laufe der Zeit sicher zum Tragen kommen werden.

Erste Ergebnisse:

Das ARD-Büro Peking informierte sich über die Zielsetzung, die Gesprächspartner und die Zusammensetzung der Delegation und führte Interviews zu den Ergebnissen der Reise durch. Der Bericht wurde inzwischen mehrfach in Info-Radio Berlin gebracht.

Eine Teilnehmerin (Astrid Vonhoff: Unternehmensberatung für das Gesundheitswesen) wurde kurzfristig eingeladen, auf dem Internationalen Kongress der „China-Association of Women Entrepreneurs“ Ende November zu sprechen und erklärte sich auch bereit dazu. Sie reiste erneut an, ihr Vortrag wurde auf Englisch in den Kongress-Unterlagen abgedruckt.

Eine Teilnehmerin (Christa Bender-Hörmandinger, Unternehmerin, Delegationsvertreterin des VdU Verband deutscher Unternehmerinnen) hat die Zusage des Bundesvorstandes des VdU in Düsseldorf erhalten, dass der „VdU weiterführende Kontakte mit der CAWE China Association of Women Entrepreneurs“ begrüßt und „seine eigenen Mitglieder über die Ergebnisse der Reise informieren“ wird; ferner erklärte der VdU, dass er bereit sei, „bei einem Besuch einer chinesischen Unternehmerinnen - Delegation zu einem „get-together“ einzuladen“. Erste Kontakte zum Düsseldorf China Center (DCC) und zum Deutsch-Chinesischen Handelsverband, der in Düsseldorf ein Chinese Trade Center plant, wurden inzwischen aufgenommen.

Der Deutsche Juristinnenbund (DJB) hat – wegen seiner juristischen Fachexkursion im Februar 2008 nach Peking – Interesse an einer Kooperation angemeldet. Unsere Delegation wird Anfang Januar 2008 die DJB-Bundesvorsitzende zu einem Erfahrungsaustausch treffen.

Die Delegationsteilnehmerinnen vereinbarten als Ergebnis dieser Reise, verschiedene Berliner Senatsmitglieder über die aus unserer Sicht politisch interessantesten Ergebnisse und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Kooperation zwischen den Partnerstädten Peking und Berlin zu informieren. Wir legten dabei fest, nur die aus unserer Sicht handlungsrelevanten Einschätzungen und Vorschläge zu unterbreiten und von einer umfangreichen Berichterstattung abzusehen, da wir davon ausgehen, dass die einzelnen Senatsverwaltungen über Kontakte und Fachkenntnisse in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügen.

II. Einschätzungen und Vorschläge

Einschätzungen

Den Delegationsteilnehmerinnen war von Anfang an klar, dass ein amtlich vorbereitetes Programm darauf spezialisiert ist, den Besucherinnen vor allem die Erfolge und weniger die Probleme Chinas/Pekings zu zeigen. Aber bei etlichen GesprächspartnerInnen gab es durchaus Bereitschaft, unter 4 – 6 Augen offen über problematische Entwicklungen (Lage der Wander-ArbeitnehmerInnen, Einkind-Familienpolitik und Folgen, Wegfall der staatlichen Kranken- und Rentenversicherung usw.) zu sprechen.

Es erwies sich als hilfreich für eine realistische Einschätzung der gehörten Informationen, dass wir mit Dr. Gundula Henkel von der Presse-Abteilung der Deutschen Botschaft eine sprach- und sachkundige Dolmetscherin und Begleiterin zur Seite hatten, obwohl die chinesische Seite uns lieber einen chinesischen Dolmetscher zur Verfügung gestellt hätte.

Die Reise fand unmittelbar nach dem Chinesischen Parteikongress statt und mitten in den politischen Turbulenzen um die Einladung des Dalai Lama durch die Bundeskanzlerin. Auf unserer „Arbeits“ebene war davon nichts zu spüren: im Gegenteil. Es war deutlich, dass der Kontakt zu Deutschland und zur Partnerstadt Berlin geschätzt wurde und wir geradezu demonstrativ freundlich empfangen wurden. Staatssekretärin Frau Hou Yulan der Pekinger Stadtregierung erklärte sogar, dass der Empfang unserer rein zivilgesellschaftlichen und (noch dazu) Frauendelegation erstmalig sei (auch protokollarisch) und die Stadtregierung erwäge, dies bei Gelegenheit mit anderen zivilgesellschaftlichen (auch Frauen)-Gruppen zu wiederholen.

Die Chinesische Frauenorganisation (wir wurden von der Vize-Vorsitzenden der Pekinger „Womens Federation“ empfangen und bei fast allen Programmteilen begleitet) ist erkennbar ein politisch ernstgenommener und in der höheren Parteihierarchie verankerter Bestandteil des politischen Instrumentariums. Es war deutlich, dass unsere Gesprächswünsche von der Chinesischen Frauenorganisation unterstützt worden waren und man sich dort eine Fortsetzung der Kontakte erhoffte.

Die (erst wachsende) „China Association of Women Entrepreneurs“ (CAWE) mit Vizepräsidentin Shi Qing Qi bot das offenste (im westlichen Sinne) Gespräch über die Chancen und Probleme für Unternehmensgründerinnen und den wachsenden Mittelstand in Peking/China an. Dadurch, dass wir auch (Vorzeige)-Betriebe von Unternehmerinnen besichtigen konnten und erste Eindrücke von Arbeitsbedingungen dort sammeln konnten, war dies aus unserer Sicht der ertragreichste Programmteil. Auch diese Gesprächspartnerinnen waren stark an einer Fortsetzung der Kontakte interessiert.

Medien: wir konnten einen Einblick in die Arbeit ausländischer Journalisten gewinnen und damit auch über die Berichterstattung (und ihre Arbeitsbedingungen) vor Ort. Ergebnis: die Handlungs- und Recherche-Freiheit der westlichen Medien in China ist nach wie vor sehr eingeschränkt, aber etwas freier als in früheren Jahren, möglicherweise auch mit Blick auf die Olympiade 2008. Eine Berichterstattung zu problematischen Entwicklungen oder Ereignissen wird zugelassen, wenn sie nicht mit „Systemkritik“ verbunden ist und von der Regierungsebene als „konstruktiv“ betrachtet wird. Die Berichterstattung der Medien über China in Deutschland/Berlin wird - von den Teilnehmerinnen im Nachhinein besehen – als vorwiegend problematisierend angesehen, über die positiven Entwicklungen in China wird kaum berichtet.

Die wichtigsten Themen bei allen GesprächspartnerInnen waren:

- **Berufliche Bildung** – wobei hierunter vor allem das „Lernen im Betrieb“ verstanden wurde, weniger das Deutsche Berufsbildungssystem insgesamt. Auf Interesse stießen Hinweise auf die Möglichkeiten/Chancen, die auch **behinderte Jugendliche** durch eine Berufliche Bildung erfahren können.
- **Gesundheit (ärztliche Versorgung, Hygiene, Ernährung, Vorsorge):** insbesondere der Unternehmerinnenverband CAWE, aber auch die kommunalpolitisch und frauenpolitisch aktiven GesprächspartnerInnen, betonten ihr Interesse an Fragen einer gesunden Ernährung (für Fabrikbetriebe, für Familien, Nachbarschaftszentren usw.).

Vorschläge

Es wird vorgeschlagen,

1. dass der Senat die bewährte Unterstützung der Senatskanzlei für zukünftige (auch zivilgesellschaftliche) politische Informationsreisen von interessierten Verbänden nach Peking/China fortsetzt und ggf. auch ausbaut,
2. der für Frauenpolitik zuständige Senator die „Beijings Women Federation“ zu einer Informationswoche nach Berlin einlädt, hier insbesondere die sehr kooperative Vorsitzende (Chairwoman) Zhao Jin Fang, z.B. zusammen mit der „China Association of Women Entrepreneurs“, hier die Vorsitzende und die Vizepräsidentin Prof. Shi Qing Qi, in Kooperation mit dem Unternehmerinnenverband (Berlin und Bund) und mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin, sowie dem Landesfrauenrat und VertreterInnen von Gewerkschaften,
3. die für Berufliche Bildung zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen zu einer Informationswoche einlädt zu einer Besichtigung von Einrichtungen Beruflicher Bildung,
 - z.B. für Ausbildung und Fortbildung für/an Kraftfahrzeugen (hoher Bedarf),
 - z.B. insbesondere für behinderte Jugendliche (z.B. das Annedore-Leber-Berufsbildungswerk für behinderte Jugendliche) mit dem Ziel eines regelmäßigen Austausches über Fragen der Beruflichen Bildung, evtl. in Kofinanzierung durch in China produzierende Berliner Unternehmen (z.B. Fa Otto Bock, Prothesenlieferant, Sitz in Berlin/Peking, beliefert Paralympics)
4. die für Gesundheit zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen einlädt zu einer Informationswoche/ Besichtigung im Rahmen der „Gesundheitsstadt Berlin“ von wissenschaftlichen, sozialen Einrichtungen und Unternehmen, die sich mit Gesundheitsangeboten und gesunder Ernährung befassen,
5. die für Stadtentwicklung zuständige Senatorin interessierte chinesische GesprächspartnerInnen zu einer Informationswoche einlädt zu Einrichtungen, die sich mit Integrationsfragen und Quartiersmanagement in Bezirken mit hohem Migrationsanteil befassen,
6. der für Schulen zuständige Senator interessierte chinesische GesprächspartnerInnen einlädt zu einer Informationswoche/Besichtigung von Schulen/Einrichtungen der beruflichen Bildung, wobei die vorgeschlagenen „Informationswochen“ der einzelnen Senatsverwaltungen auch in Kooperation erfolgen könnten (Vorschläge 2 – 6),
7. dass der Senat einen Gesprächskreis mit Berliner Medien (TV, Radio, Internet, Print und Neue Medien (zB Computerspiele) einrichtet, in dem über die Kooperationen/Erfolge/Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Peking berichtet wird.

Die Vorschläge werden den genannten zuständigen SenatorInnen/StaatssekretärInnen jeweils gesondert zugesandt.

Für die Teilnehmerinnen

Carola v. Braun, Delegationsleiterin,
Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen
Anlage 1: Liste der Delegationsteilnehmerinnen
Anlage 2: Programm